

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

15.07.2022

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schriefführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 19.05.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:32 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 17.03.2022
0222/2022**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Gleichstellungspolitische Informationen**
0253/2022
- 7 Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf Handlungskonzept Wohnen/analytische Grundlagen für die Konkretisierung der Baulandstrategie**
0246/2022
- 8 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 8.1 Beschlussvorlage zur Finanzierung und Gestaltung der Veranstaltung "Friedenskonzert im Garten der Gnadenkirche" im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Integration im Dialog"**
0244/2022
- 8.2 Bericht über die Verwendung der Mittel des Härtefallfonds ehemals Löwenpass**
0261/2022
- 9 Beschlussvorlage über die Teilnahme an der Aktion "Spaziergang entlang der Strunde" im Rahmen der Seniorenkulturwoche**
0204/2022
- 10 Wahl eines neuen Beiratsmitgliedes als Nachfolge eines ausgeschiedenen Mitglieds**
0236/2022
- 10.1 Wahl eines Beiratsmitgliedes zur stellvertretenden Teilnahme des Inklusionsbeirates am Ausschuss für die Konversion des Zandersgeländes**
0234/2022
- 11 Bestandsaufnahme öffentliche WC-Anlagen**
0257/2022
- 12 Rahmenbedingungen, Aufgabenkomplex und Personalbedarf der Betreuungsbehörde im Zuge der Einführung des Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) zum 01.01.2023**
0258/2022
- 13 Sachstandsbericht zu den Unterbringungszahlen der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**
0229/2022
- 14 Anträge der Fraktionen**
- 15 Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der Ukraine Hilfe der Stadtverwaltung**
0249/2022
- 16 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau von Berg eröffnet die 07. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Teilnehmenden wurde von der Schriftführerin erfasst.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob gegen die Niederschrift – öffentlicher Teil - Einwände erhoben werden.

Da dies nicht der Fall ist, gilt der öffentliche Teil der Niederschrift zur Sitzung am 17.09.2022 als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 17.03.2022 0222/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig teilt mit, dass die Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von, anlässlich des Ukrainekrieges, eingereisten Personen in Kommunen des Landes NRW in Kraft getreten sei. Diese Verordnung regelt, dass die Kämmerer jeweils zum Ende eines Quartals, erstmals zum Stichtag 30.06. über Erträge und Aufwendungen der Bezirksregierung berichten müssen. So werden erstmals zum Stichtag 30.06. die finanziellen Positionen, die die Fachbereiche 5, 2 und 8 getätigt haben, aufgelistet und an die Bezirksregierung gemeldet. Im Nachgang werden die Ausschussmitglieder und auch die Medien über die Zahlen informiert.

6. Gleichstellungspolitische Informationen 0253/2022

Frau Kläßen teilt neben der schriftlichen Vorlage mit, dass der Termin für das Benefiz-Fußballspiel, dass anlässlich der Aktionswoche „Gegen Gewalt an Frauen“ im November letzten Jahres ausfallen musste, nun am 14.06., 19.00 Uhr auf dem Kunstrasenplatz der Belkaw-Arena ausgetragen werde. Es spielen die „Behördenmannschaft der Polizistinnen“ gegen ein „Women Allstars-Team“ aus Bergisch Gladbach. Das Spiel findet in Anschluss an den Tag des

Mädchenfußballs statt, der vom 1 FFC Bergisch Gladbach 09 veranstaltet wird. Hier wird für Mädchen der Klassen 1 bis 6 ein Probetraining, in der Zeit von 16.30 – 18.00 Uhr angeboten.

Des Weiteren teilt Frau Klößen mit, dass in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten und dem FB 5 ein Flyer für, aus der Ukraine geflüchteter und alle Frauen erstellt werden soll, in dem auf Beratungsstellen außerhalb der Stadtverwaltung hingewiesen werde. Es wurden bereits Gespräche mit den Vereinen Donum vitae Rheinberg e.V., pro familia und esperanza sowie der Frauen- und Mädchenberatungsstelle aufgenommen. Entstehen soll eine Kurzinformation mit QR-Code, die auch Hinweise in ukrainischer Sprache enthält..

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**7. Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf Handlungskonzept
Wohnen/analytische Grundlagen für die Konkretisierung der Baulandstrategie
0246/2022**

Herr Migenda führt in die Vorlage ein und beschreibt, dass die Zahlen im sozialen Wohnungsbau weit hinter denen zurückbleiben, die realisiert werden müssten. Es wurden in den letzten Jahren lediglich 106 neue Wohnungen für den geförderten Wohnungsbau im Bereich der Stadt Bergisch Gladbach fertiggestellt. Dies reiche bei weitem nicht aus. Die Preisentwicklung am Markt sei sehr dynamisch, was zum einen an der Nähe zu Köln liege, zum anderen an unserer Schnittstelle zum Naherholungsgebiet Bergisches Land. Auch die Stadt sei vielfältig aufgestellt was Gewerbe und Handel betreffe und insofern hier ein Querschnitt der Bevölkerung, der im Bereich des niedrigpreisigen Wohnungsbau nicht bedient werden könne.

Die Firma Quaestio wurde beauftragt ein Handlungskonzept zu erarbeiten. Das Ergebnis wurde Ihnen vorgestellt und die Verwaltung wurde von Ihnen darum gebeten, hier in vielerlei Hinsicht nachzuarbeiten. Das Ergebnis wird Ihnen heute vorgestellt. In diesem Ausschuss soll darüber nicht abschließend entschieden werden, sondern im nächsten Schritt das Handlungskonzept der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Damit soll Gelegenheit zum Austausch gegeben werden. Ob das Konzept tatsächlich für die „normale“ Bürgerschaft interessant ist, sei dahingestellt, aber Investoren und auch z. B. die RBS werden sehr genau in dieses Konzept hineinsehen. Aus der Politik kam der Vorschlag, nach Veröffentlichung aktiv zum Austausch mit den verschiedenen Akteuren des Wohnungsmarktes einzuladen um auszuloten, wie dieses Handlungskonzept tatsächlich beurteilt werde. Das Ergebnis aus dem Austausch soll dann mit ins Konzept einfließen und danach erst der Beschluss gefasst werden.

Herr Migenda beschreibt die beiden möglichen Varianten. Danach sind Bebauungspläne mit Wohnnutzungen nur noch mittels des Zwischenerwerbmodells (Variante A) für den Außenbereich und des Kooperationsmodells (Variante B) für den Innenbereich zu entwickeln. Hier soll eine 30-%-Quote für geförderten Wohnungsbau festgelegt werden. Ziel muss es sein, in den nächsten Jahren annähernd das zu decken, was an auslaufender Förderung oder auslaufender Bindung frei werde. Mit diesem Instrument kann jedoch bei weitem nicht das gedeckt werden, was an Bedarf benötigt werde.

Des Weiteren führt Herr Migenda aus, dass der Regionalplan zur Entscheidung anstehe. Der Regionalplan sei ein übergeordnetes Planungsinstrument im Regierungsbezirk Köln (ca. 190 Kommunen) mit dem Ziel den Regionalplan neu aufzustellen. Er habe eine Geltungsdauer von 30 Jahren. Wenn man sich diesen Plan ansehe, werde man feststellen, dass im Außenbereich kaum mehr Flächen zur Verfügung stehen, die bebaut werden können. Deshalb halte Herr Migenda das Handlungskonzept für unverzichtbar.

Herr Ebert (SPD) führt dazu aus, dass noch vor 10 Jahren über eine Bevölkerungsschrumpfung diskutiert wurde und in diesem Zusammenhang auch darüber, welche Schulen geschlossen werden könnten. Im Jahr 2015 las Herr Ebert einen Bericht von IT NRW, in dem ausgeführt wurde, dass Bergisch Gladbach zu den Kommunen gehöre, die statt zu schrumpfen wachsen würden. Nun werde es richtig ernst, da gerade für Alleinerziehende mit Kindern, aber auch für Geringverdiener kein geeigneter Wohnraum mehr zur Verfügung stehe. Er weist darauf hin, dass diese Entwicklungen sich in den letzten sieben Jahren sehr verschärft haben und nun

dringend mit geeigneten Mitteln gegengesteuert werden müsse. Er halte die 30-%-Quote für sinnvoll, aber man müsse die Baulandstrategie in der Bevölkerung diskutieren.

Herr Steinbrecher (FWG) teilt mit, dass seine Fraktion nicht in allen Punkten mit dem Handlungskonzept einverstanden sei. Hier vor allen Dingen nicht mit der Opferung von Frei- und Naturflächen. Des Weiteren halte man die vorgelegten Zahlen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen für irreführend. Bei den Hektarzahlen handele sich nach Meinung der FWG nicht um Neubedarfe, sondern Ersatzbedarfe und bezogen auf die Klimaanalyse und den damit einhergehenden Beschränkungen beim Flächenverbrauch in NRW sei die Nutzung der Frei- und Naturflächen inakzeptabel. Deshalb sollen die Flächen des Zanders-Geländes ebenso die Flächen des Wachendorff-Geländes für den sozialen Wohnungsbau geprüft und genutzt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass dort wo mal ein Einfamilienhaus stand Platz für größere Wohnhäuser sei; auch diese Flächen sollen genutzt werden.

Herr Cremer (AfD) gibt zu bedenken, dass die Festlegung der 30-%-Quote viele Investoren abschrecken könne, hier solle noch einmal über eine flexiblere Lösung nachgedacht werden.

Frau Rickes (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) teilt mit, dass die, der Untersuchung zugrunde gelegten Mietpreise bereits nicht mehr der Realität entsprächen, sodass die Gruppe der Bürgerinnen und Bürger, die keinen Wohnraum finden, mittlerweile noch größer geworden sei, als in der Studie angenommen. Die Fraktion begrüße die 30-%-Quote, weist aber darauf hin, dass eine möglichst lange Bindungsfrist festgelegt werden müsse. Es müsse auch über einen Preis-gedämpften Wohnraum (10 %) angeboten werden. Des Weiteren solle über die Möglichkeit eines geförderten Wohnungsbaus im Erbbaurecht nachgedacht werden. Hier böten sich die Flächen des Zanders-Geländes an, diese Möglichkeit werde in der Studie stark vernachlässigt. Es solle auf dem Zanders-Gelände relativ viel Wohnbebauung geplant werden, da hier eine höhere Wohnraumdichte möglich sei, als in der Studie angedacht. Diese Punkte sollen bei der Offenlegung diskutiert werden, damit man zu einem guten und sinnvollen Ergebnis für die Bürgerschaft komme.

Herr Dr. Adler (Seniorenbeirat) weist darauf hin, dass auch die Senioren besonders von Wohnungsnot betroffen seien. Dieser Wohnraum müsse aber zentral liegen, damit die Seniorinnen und Senioren auch am städtischen Leben teilnehmen können. Dazu gebe es unterschiedliche Konzepte, z.B. Mehrgenerationenhäuser. Auch die Barrierefreiheit müsse beim Bau des sozialen Wohnungsbaus bedacht werden, ebenso die Inklusion. Man solle in Quartieren denken, wo alle Menschen sich gegenseitig unterstützen können. Auch der Seniorenbeirat wünscht sich, dass das Zanders-Gelände für Wohnraum entwickelt werde. Der Seniorenbeirat halte die 30-%-Quote für sehr sinnvoll. Der Seniorenbeirat bittet um die schnelle Umsetzung des Konzeptes und der zugehörigen Genehmigungsverfahren.

Frau Hiller teilt mit, dass der Inklusionsbeirat darauf hingewiesen habe, dass Barrierefreiheit für Senioren und Menschen mit Behinderung nicht unbedingt identisch sei. Diese wurde im Konzept auch mit aufgegriffen. Nun stehe im Konzept unter Pkt. 5.6 (erster Absatz, letzter Satz): „Die vorliegenden Ausführungen beschreiben aktuelle Beobachtungen und liefern Ansätze für weitere Ausarbeitungen.“ Hier fragt Frau Hiller nach, inwieweit denn weitere Ausarbeitungen erfolgen würden.

Herr Lassotta teilt dazu mit, dass die Ausarbeitungen im Rahmen des Handlungskonzeptes nicht ad hoc erfolgen würden. Wenn man das Handlungskonzept vorschreiben würde, könnte man die differenzierten Analysen vornehmen.

Frau Dr. Rieband (FDP) teilt mit, dass die FDP der Meinung sei, dass das Gutachten grundsätzlich die Stadt in Bezug auf eine Baulandstrategie weiterbringen könne. Es gebe jedoch 3 Punkte, wo nachgebessert werden müsse:

1. Die Zahlen zur Wachstumsprognose bez. der Einwohnerinnen und Einwohner für Bergisch Gladbach seien nur geschätzt und könnten sich noch verändern. Woher kommen diese Zahlen? Kann man damit stabil planen?

2. Das Gleiche gelte für die Einkommensverteilung. Diese Zahlen seien auch nur Hochrechnungen und die Basis erscheine relativ unsicher. Hier bestehe noch Gesprächsbedarf.
3. Auch die FDP halte die 30-%-Quote für zu rigide, da Bedenken bestehen, dass Investoren durch eine solche strikte Regelung abgeschreckt werden könnten. Hier müsse mehr Spielraum gegeben werden.

Herr Migenda teilt dazu mit, dass er sich da auf die Zahlen von Quaestio verlasse, aber, selbstverständlich können man noch einmal genauer auf die Zahlen schauen. Jedoch würden diese nichts an der Grundproblematik ändern. In den vergangenen Jahren wurde einfach viel zu wenig für Einkommens-schwache Menschen gebaut. Daher bestehe hier ein hoher Nachholbedarf. Die 30-%-Quote sei keine Erfindung der Stadtverwaltung. Es gebe Städte, die hier noch höhere Quoten verlangen und dies schon länger praktizieren. Man muss hier nur ganz konsequent kommunizieren. Investoren schauen natürlich, wie das zu umgehen sei, aber wenn die Quote nicht verhandelbar ist, werden wir Investoren finden, die ihre Kalkulationen nachbessern und die Quote akzeptieren. Problematisch wird es beim preisgedämpften Wohnungsbau, da hier keine Fördergelder fließen. Längere Bindungsfristen seien notwendig, aber es müssen in der Zukunft noch andere Möglichkeiten des sozialen Wohnungsbaus gefunden werden. Eine Bindungsfrist von 25 – 30 Jahren verschiebe die Probleme nur in die nächste Generation. Es müssen daher andere Möglichkeiten geschaffen werden, da die Anforderungen beim Wohnungsbau immer höher werden (Inklusion, Barrierefreiheit und co2-freie Gesellschaft), werde Wohnungsbau so nicht mehr finanzierbar sein. Hier bestehe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit dem Handlungskonzept beginnt hier nur ein langjähriger Prozess.

Herr Ebert (SPD) nimmt noch einmal zu den genannten drei Themenschwerpunkten Stellung:

1. Zum Thema Flächenverbrauch, 2. 30-%-Quote, und dem Punkt 3. Wie geht's in der Zukunft weiter.

1. Zusätzlicher Flächenverbrauch soll nicht das Ziel sein. Darin seien sich alle Fraktionen im Grunde einig. Es solle Wohnraum in der Innenentwicklung gefunden werden. Es solle weiterer Flächenverbrauch vermieden werden und keine zusätzlichen Flächen versiegelt werden. Herr Ebert gibt jedoch zu bedenken, dass nicht alle Wünsche auf das Zanders- und Wachendorff-Gelände projiziert werden können. Das Wachendorff-Gelände sei in privatem Besitz und hier sei die Stadt nur zu einem Teil handlungsfähig. Und auf dem Zanders-Gelände können nicht alle Wünsche erfüllt werden, dazu seien die Flächen zu klein und hier sei ein langjähriger Entwicklungsprozess nötig.
2. Herr Ebert sei nach Gesprächen mit der Branche der Meinung, diese benötige Klarheit und diese werde mit der 30-%-Quote gegeben.
3. Zu den weiteren Anforderungen für die Zukunft habe der Planungsausschuss die Aufgabe sich sehr genau damit auseinander zu setzen. Hier muss über die Konsequenzen aus den Hochwasserereignissen bei weiterer Flächenversiegelung etc. nachgedacht werden.

Herr Hildner (CDU) teilt mit, dass in anderen Kommunen so etwas wie einen Quartiersmanager eingesetzt werde, der Menschen in den Quartieren zusammenbringt, die z.B. ihr zu groß gewordenes Haus gegen eine kleine Wohnung tauschen wollen. Dies sei ein sehr erfolgreiches Projekt, was er sich sehr gut auch in Bergisch Gladbach vorstellen könne.

Herr Migenda teilt dazu mit, dass Quartiersmanager im Bereich Bockenberg eingesetzt sind. Sonst gebe es dies in Bergisch Gladbach nicht. Er finde den Ansatz gut und könne sich so etwas für Bergisch Gladbach vorstellen.

Frau Stauer (SPD) gibt noch zu bedenken, dass das Thema Verkehr unbedingt mitberücksichtigt werden müsse. Hier müsse der ÖPNV unbedingt nachbessern. Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass viel Wohnraum in der Innenstadt verfallende. Wieso könne hier nicht eingegriffen werden.

Frau Dr. Rieband (FDP) teilt mit, dass Konsens bestehe, Wohnraum aufzustocken, aber es gebe ja einen ganzheitlichen Ansatz und hier müsse man nicht nur den Parameter „Bedarf“ betrachten, sondern man müsse hier mehr gestalten und nicht nur reagieren. Die Verwaltung müsse hier schneller werden und Prozesse schneller vorantreiben, damit Investoren mehr Planungssicherheit haben.

Nach ausführlicher Beratung unter Mitwirkung aller Fraktionen wird dem Planungsausschuss die folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Planungsausschuss soll vor einer Beschlussfassung die folgenden Anregungen aus dem Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann weiter beraten:

- Variable Quotierung,
- Bindungsfristen,
- preisgedämpfter Wohnungsbau,
- Wohnungsbauflächenverfügbarkeit,
- Innenverdichtung,
- Erbbaupacht,
- Verkehrsanbindung/Stärkung ÖPNV
- Verwendung der Flächen auf dem Zanders- und Wachendorff-Gelände,
- Es sollen keine zusätzlichen Freiflächen im Außenbereich verbaut werden

Der ASWDG begrüßt die Offenlegung des bisherigen Entwurfs zum Handlungskonzept Wohnen und zu den analytischen Grundlagen für die Konkretisierung der Baulandstrategie für eine Öffentlichkeitsbeteiligung von mindestens 30 Tagen im Sommer 2022. Eine öffentliche Bekanntmachung über den genauen Zeitraum sowie die Modalitäten ist seitens der Verwaltung im Vorfeld zu veröffentlichen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

8. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

8.1. Beschlussvorlage zur Finanzierung und Gestaltung der Veranstaltung "Friedenskonzert im Garten der Gnadenkirche" im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Integration im Dialog" 0244/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.2. Bericht über die Verwendung der Mittel des Härtefallfonds ehemals Löwenpass 0261/2022

Frau Stauer (SPD) fragt nach, wieso der Anteil von männlichen und weiblichen Geförderten so eklatant unterschiedlich hoch sei (Punkt 3.4)?

Herr Tillmann teilt dazu mit, dass die Angaben über den Kinderschutzbund kommen. Es wurde im vergangenen Jahr kein Antrag abgelehnt. Vielleicht ist es ein Zufall.

Frau Dr. Rieband (FDP) fragt nach, wie den der Bevölkerungsanteil an Jungen und Mädchen überhaupt sei. Vielleicht sei der Anteil von Jungen höher?

Diese Frage konnte im Detail nicht geklärt werden, da darüber keine Informationen vorliegen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

9. Beschlussvorlage über die Teilnahme an der Aktion "Spaziergang entlang der Strunde" im Rahmen der Seniorenkulturwoche
0204/2022

Herr Dr. Adler (Seniorenbeirat) teilt zur Vorlage mit, dass dieser Spaziergang von Fr. Dr. Bollen in Kooperation mit Frau Biesenbach vom Seniorenbeirat durchgeführt werde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. Wahl eines neuen Beiratsmitgliedes als Nachfolge eines ausgeschiedenen Mitglieds
0236/2022

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann schließt sich dem Beschluss des Inklusionsbeirates an und gibt dem Rat die folgende

Beschlussempfehlung:

Herr Felix Wendler von Verein „Die Kette e.V.“ wird als Nachfolger für das ausgeschiedene Mitglied Herr Carsten Werheit gewählt.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

10.1. Wahl eines Beiratsmitgliedes zur stellvertretenden Teilnahme des Inklusionsbeirates am Ausschuss für die Konversion des Zandersgeländes
0234/2022

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann schließt sich dem Beschluss des Inklusionsbeirates an und gibt dem Rat die folgende

Beschlussempfehlung:

Frau Katharina Kaul nimmt im Bedarfsfall stellvertretend für Herrn Bihn am Ausschuss für die Konversion des Zandersgeländes teil.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

11. Bestandsaufnahme öffentliche WC-Anlagen
0257/2022

Frau Opiela (CDU) erfragt, wieso bei der Bestandsaufnahme die öffentlichen WC-Anlagen Refrath nicht aufgeführt wurde. Sie bittet darum, Refrath in der Auflistung noch zu berücksichtigen.

Frau Stauer (SPD) fragt nach, wie die öffentlichen WC-Anlagen an die Bevölkerung bekannt gegeben werden sollen.

Herr Dr. Adler (Seniorenbeirat) teilt mit, er finde es katastrophal, dass es nur drei öffentliche städtische WC-Anlagen gebe. Des Weiteren teilt er mit, er gehe davon aus, dass inzwischen einige dieser öffentlich zugänglichen Toiletten nicht mehr zur Verfügung stehen, da die Bestandsaufnahme während der Corona-Zeit erstellt wurde. Er bittet darum, die Liste zu aktualisieren.

Frau Dr. Rieband (FDP) teilt zur Frage von Frau Stauer, wie die Anlagen öffentlich gemacht werden können mit, dass es in anderen Städten ein Projekt gebe, wo diese Toiletten mit einem Aufkleber „nette Toilette“ gekennzeichnet seien.

Herr Cremer (AfD) gibt den Hinweis, dass mehr öffentliche städtische WC-Anlagen zur Verfügung gestellt werden müssen. Er halte es für keine gute Lösung, dass selbst die Marktbesicker in Bergisch Gladbach das WC des Theater-Café nutzen müssen.

Herr Migenda teilt mit, dass er wie viele Ausschussmitglieder, überrascht sei, wie viele öffentlich zugängliche WC's in Bergisch Gladbach zur Verfügung stehen. Des Weiteren teilt Herr Migenda mit, dass künftig mehr auf die finanziellen Mittel geachtet werden müsse. Die Erfahrung zeige, dass Toiletten, die von der öffentlichen Hand aufgestellt und betrieben würden, die meiste Zeit wegen Verschmutzung und mutwilliger Zerstörung, nicht zur Verfügung stünden. Diese Toiletten müssen mit großem, kostenintensivem Aufwand betrieben und unterhalten werden. Es gebe ein öffentliches WC für Menschen mit Behinderung am „Bergischen Löwen“, welches nur mit einem „Euro-Schlüssel“ zu öffnen sei, dieser könne beantragt werden. Vielleicht wäre es eine Lösung, diesen Schlüssel an Markttagen den Marktbesickern auszuhändigen.

Frau Stauer bittet darum, die barrierefreien Toiletten besonders zu kennzeichnen.

Frau von Berg (CDU) teilt mit, sie habe, wie vermutliche viele Ausschussmitglieder ein „Störgefühl“, weil von zweierlei Dingen gesprochen werde. Als öffentliche Toiletten werden die, von einer Verwaltung betriebenen Toiletten bezeichnet. Bei der Bestandsaufnahme wurden aber alle öffentlich zugänglichen Toiletten aufgelistet. Dies sollte nochmal klar getrennt werden.

Frau Hiller stellt klar, dass diese Vorlage nur eine Bestandsaufnahme von öffentlichen und öffentlich zugänglichen Toiletten sei, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit habe. In einem weiteren Schritt soll verwaltungsintern darüber beraten werden, wie mit der Bekanntmachung (Hinweisschilder, App etc.) verfahren werden soll. Im Anschluss soll eine Vorlage für den Ausschuss erstellt werden, in dem über das weitere Verfahren berichtet wird.

Frau Hellwig schließt sich der Klarstellung von Frau Hiller an, dass es sich nur um eine erste Orientierung handelt.

**12. Rahmenbedingungen, Aufgabenkomplex und Personalbedarf der
Betreuungsbehörde im Zuge der Einführung des
Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) zum 01.01.2023
0258/2022**

Frau Stauer (SPD) bedankt sich für die umfassende Vorlage und stellt heraus, dass für die Betreuungsstelle zwei neue Stellen beantragt werden. Auf welcher Grundlage werden diese beiden Stellen beantragt. Wird das ausreichen?

Frau Hellwig teilt dazu mit, der Gesetzgeber stellt fest, welche Aufgaben zu erledigen sind, wie er sich eine Beratung vorstellt, wie er sich Begleitung vorstellt. Dies in einen Personalbedarf umzurechnen sei schwierig. Dies sei aber keine Aufgabe die Bergisch Gladbach allein stemmen müsse, so dass auch der Städte- und Gemeindebund hier involviert ist. Im Hinblick auf die derzeitige Haushaltssituation in Bergisch Gladbach werde man sich vorerst ein bisschen zurückhalten, so habe man dem Verwaltungsvorstand vorgeschlagen eine 1,0 Stelle Soziale Arbeit neu einzurichten und eine 0,5 Stelle im Bereich Verwaltungskraft, die die sozialarbeitenden Fachkräfte entlasten soll.

Herr Sturmberg erklärt dazu, man sei bei der Stellenbemessung defensiv und transparent vorgegangen. Er weist noch einmal auf die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben hin, die hier umgesetzt werden müssen.

Frau Dr. Rieband (FDP), äußert Bedenken, wie das Bundesgesetz umgesetzt werden solle. Die Anforderungen an die Berufsbetreuung seien sehr anspruchsvoll und sie frage sich, wo man bei

dem derzeitigen Fachkräftemangel genügend Berufsbetreuer finden solle. Die Verwaltung müsse die ganzen administrativen Aufgaben übernehmen, alle Vorgaben nachhalten, dazu benötige man mehr Personal. Bei Bundesgesetzen gebe es ein Konnexitätsprinzip, was bedeutet, wenn ein neues Bundesgesetz eingeführt wird und von den Kommunen umgesetzt werden müsse, es finanzielle Unterstützung gebe. Sei diese hier auch vorgesehen?

Frau von Berg (CDU) teilt dazu mit, dass dies auch ihr erster Gedanke gewesen sei und eine finanzielle Unterstützung ist tatsächlich im Gesetz verankert, jedoch erst nach einer entsprechenden Evaluierung. Hier seien die kommunalen Spitzenverbände bereits eingebunden.

Frau Stauer (SPD) fragt nach, ob es von Seiten der Verwaltung Recruiting-Strategien gebe um Personal mit juristischer Vorbildung für die Aufgabe zu gewinnen?

Frau Hellwig teilt mit, dass hier bei der Stellenausschreibung geschaut werde, welche Personen angesprochen werden können. Eventuell auch Quereinsteiger. Hier müssen die gesetzlichen Vorgaben beachtet werden.

Frau von Berg (CDU) gibt dazu noch den Hinweis, dass die Personen mit dem ersten juristischen Staatsexamen automatisch die Qualifikation für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst haben und alle Verwaltungen hier ihre Fühler ausstrecken.

Frau Klupp (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass einerseits die Betreuungsbehörde mit deutlich mehr Aufgaben mehr Personal benötige und andererseits es an gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuern mangle. Es gebe hier die Angehörigen, die ehrenamtlichen Kräfte und die Berufsbetreuer. Da es immer weniger Berufsbetreuer gebe, solle hier mehr Augenmerk auf die ehrenamtlichen Kräfte gelegt werden, hier sehe Frau Klupp viel Potential, weil es eine sehr interessante Tätigkeit sei. Sie fragt die Verwaltung, ob es hier genügend Bemühungen gebe Betreuer und Betreuerinnen zu finden.

Frau Winkelmann teilt dazu mit, dass es in der Vergangenheit eine Veranstaltung gegeben habe, mit dem Angebot Betreuungskräfte gut zu schulen, daraus sind auch einige Betreuungskräfte immer noch tätig. Diese sei wieder geplant. Betreuerinnen und Betreuer werden durch die Verwaltungskräfte betreut und in schwierigen Fällen beraten. Frau Winkelmann mache dies regelmäßig in einem Online-Treffen und auch hier werde Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Auch sei man bei jeder Praxismesse von Hochschulen und werbe für die Betreuung. So gebe es noch viele Möglichkeiten, um Betreuerinnen und Betreuer zu rekrutieren.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**13. Sachstandsbericht zu den Unterbringungszahlen der Geflüchteten in Bergisch Gladbach
0229/2022**

Herr Cremer (AfD) regt an, dass diese wiederkehrende Vorlage wieder in der alten Form mit Diagrammen erstellt wird. Diese seien aus Sicht der AfD aufschlussreicher als die Textform.

Frau von Berg formuliert dies als Prüfauftrag an die Verwaltung.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

**15. Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der Ukraine Hilfe der Stadtverwaltung
0249/2022**

Da die Vorlage bereits am 12.04.2022 erstellt wurde, gibt Frau Engelberth die neuesten Zahlen der Ukraine-Flüchtlinge mündlich bekannt.

1120 Ukraine-Kriegsvertriebene sind in Bergisch Gladbach untergebracht.

Davon leben **379** in **städtischen Unterkünften**,

741 Personen sind bei **privaten Gastgebern untergebracht**,

708 Personen sind **über 18 Jahren**,

davon sind **547 Frauen** und **161 Männer**,

412 sind **unter 18 Jahren**,

davon sind **213 Mädchen** und **199 Jungen**, in den Altersgruppen

0 - 6 Jahre **114 Kinder**

7 - 12 Jahre **161 Kinder**

13 - 17 Jahre **137 Kinder**

8 unbegleitete minderjährige Kinder die dem Jugendamt zugeordnet werden.

Es kommen noch immer Kriegsflüchtlinge in Bergisch Gladbach an, aber bei weitem nicht mehr so viele wie bisher.

Der übergangsweise auch für Kriegsvertriebene aus der Ukraine geltende Bezug von Sozialleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz wird ab **01. Juni 2022** geändert. Ab diesem Zeitpunkt gelten dann die Regelsysteme nach den Sozialgesetzbüchern.

Für Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, geht es um einen Wechsel zum **Jobcenter Rhein-Berg** (Sozialgesetzbuch/SGB II), für ältere Menschen um einen Wechsel in den **Leistungsbereich der Grundsicherung (SGB XII)**. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen zum Stichtag 31. Mai 2022 im Besitz einer **Fiktionsbescheinigung oder einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG** sind. Die Fiktionsbescheinigung erhalten solche Personen, die die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis beantragt haben, für die aber noch keine abschließende Entscheidung erfolgt ist.

Frau Engelberth weist noch einmal darauf hin, dass alle angeschriebenen Personen einen Termin bei der Ausländerbehörde vereinbaren müssen. Dieser Termin müsse unbedingt wahrgenommen werden (auch samstags/sonntags). Falls einzelne Betroffene keinen Termin erhalten haben, können sie oder ihre Gastgeber sich direkt an die Ausländerbehörde wenden. Dazu wurde auch eine Pressemitteilung rausgegeben.

Herr Hildner (CDU) bedankt sich ganz herzlich für die Ausführungen und das große Engagement der Verwaltung und auch der Stadtgesellschaft.

Frau Opiela (CDU) bedankt sich für die Aufschlüsselung der Zahlen. Viele Kinder benötigen hier einen Schulplatz und hier müssen unbedingt Lösungen gefunden werden.

Herr Cremer (AfD) teilt mit, dass er Kontakt zu einer Person hatte, die mitteilte, dass die Stadt zu wenig tun würde. Die Hilfe, die von der Stadt kommt, komme teilweise nicht an.

Frau von Berg (CDU) teilt dazu mit, gefühlte Wahrnehmung und die Realität, was die Verwaltung alles leisten müsse, gehen oft auseinander. Hier müsse man aufpassen, dass keine pauschalen Urteile gefällt, wenn von Einzelfällen gesprochen werde.

Frau Stauer (SPD) fragt nach, wie weit die Verwaltung in der Lage sei, hier auch in ukrainischer Sprache zu kommunizieren.

Frau Engelberth teilt dazu mit, dass alle wichtigen Informationen in ukrainische Sprache erfolgen. Auch sei immer ein Dolmetscher vor Ort, der bei z.B. der Auszahlung übersetze.

Herr Weber (CDU) spricht über sein privates Engagement im Bereich der Flüchtlingshilfe. Hier müsse sich die Stadt besser mit dem Kreis vernetzen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Stauer (SPD) bittet zu Pkt. 6 „Gleichstellungspolitische Informationen“ im Nachgang zur Lesung „AktenEinsicht“, um eine inhaltliche Wiedergabe, die für die politische Diskussion genutzt werden könne.

Frau Klaßen berichtet kurz über die Veranstaltung mit der Autorin und Rechtsanwältin (Nebenklagevertreterin) Christina Clemm. Frau Clemm las aus Ihrem Buch „AktenEinsicht“ und gewährte den Teilnehmenden einen Einblick in Erfahrungen, die von Gewalt betroffene Frauen mit Polizei und Justiz gemacht haben. In der sich anschließenden Diskussion wurden auch die zum Teil traumatischen Erlebnisse der Frauen thematisiert. Als Fazit aus der Veranstaltung kann festgehalten werden, dass Gewalt gegen Frauen immer noch ein Tabuthema ist über das viel häufiger gesprochen werden müsse, und das nicht nur in Fachkreisen, sondern im täglichen Alltag. Auch fehlen hier viele finanzielle Mittel.

Herr Krasniqi (Integrationsrat) bittet zu Pkt. 10.1 die Verwaltung zu prüfen, ob auch der Integrationsrat ein Mitglied in den Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes entsenden könne.

Herr Dr. Adler (Seniorenbeirat) bezieht sich noch einmal auf die Lesung „AktenEinsicht“ und rückt die Seniorinnen hier besonders in den Fokus, denn diese Gruppe, sei bei diesem Thema noch zu wenig im Fokus.

Frau Klaßen teilt dazu mit, dass an der Lesung eine Seniorin von 75 Jahren teilnahm, die genau diesen Punkt angesprochen habe. Auch die Autorin habe nochmal besonders auf diese Altersgruppe hingewiesen. Bei dieser sei das Schamgefühl, über das Thema zu sprechen, häufig noch viel höher und somit auch die Traumatisierung.

Herr Dettmer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bittet darum, die Bestandsaufnahme der öffentlichen Toiletten, wenn sie fertiggestellt sei der Öffentlichkeit, z. B. über das Bürgerportal zur Verfügung zu stellen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:25 Uhr geschlossen.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

gez. Gabriel von Berg
Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführung